

Liebe Freundinnen und Freunde,

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Manchmal kommt einem das, was wir gegenwärtig erleben, wie ein böser Traum vor, aus dem man am liebsten schnell erwachen würde.

Aus der Europäischen Union, einem Zusammenschluss der einmal als Projekt für Frieden und gemeinsamen Wohlstand begann, ist, so scheint es, im Handumdrehen ein Militärbündnis geworden, das sich auf den Krieg vorbereitet. Da scheint es egal zu sein, was in den Verträgen steht und was früher als unantastbar galt. Eine Kompetenz für Verteidigungspolitik hat die Europäische Union nicht und schon gar nicht die Zuständigkeit für Waffenkäufe. Und dennoch sollen nun europäische Rüstungskonzerne geschaffen und gemeinsam Waffen beschafft werden, sollen Mittel aus Kohäsionsfonds für die Schaffung einer kriegstüchtigen Verkehrsinfrastruktur missbraucht werden, und die Kosten für Waffenkäufe in einer Größenordnung von 150 Milliarden € vergemeinschaftet werden.

Die Europäische Investitionsbank wird zur Bank für Aufrüstungsfinanzierung und Haushaltsmittel werden eingesetzt, um möglichst viel privates Kapital möglichst risikofrei in Waffenkäufe zu lenken. Was ist nur aus Europa geworden, wenn man bedenkt, dass diese Union einmal den Friedensnobelpreis erhalten hat!

Aber in Deutschland ist es kein Haar besser: nach dem Überbietungswettbewerb zwischen Rot, Gelb, Grün und Schwarz um immer höhere Rüstungsausgaben, wurde ein historisch beispielloser Wahlbetrug inszeniert, um zukünftig grenzenlos und unbeschränkt aufrüsten zu können. Und offenbar haben sich auch die Robenträger im Bundesverfassungsgericht von dieser Rüstungsobsession anstecken lassen. Anders lässt sich wohl kaum erklären, dass sie es zugelassen haben, dass ein bereits abgewählter Bundestag einer noch nicht gewählten Bundesregierung Carte Blanche für eine historisch beispiellose Aufrüstung in Deutschland erteilt haben. Dass die olivgrünen sich ihre Zustimmung mit einem Klimaschutz-Linsengericht versüßen ließen und selbst die Landesregierungen, an denen DIE LINKE beteiligt ist die Hand für diese Verfassungsänderung gehoben haben, kann man nur noch als erbärmlich bezeichnen.

Und wofür dieser ganze Wahnsinn, der Europa an den Rand eines Krieges bringen wird, der den wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands und Europas

beschleunigen wird und unseren Kindern auch finanziell eine schwere, wahrscheinlich untragbare Hypothek auferlegen wird? Natürlich: Wir müssen aufrüsten gegen die russische Bedrohung, gegen einen revanchistischen und imperialistischen russischen Präsidenten, der seinem Reich am liebsten ganz Osteuropa einverleiben möchte.

Ist das nicht die klassische "Kalte-Kriegs-Rhetorik", die wir noch aus der Zeit vor 1989 kennen? Wurde damals nicht ebenso die angeblich dramatische militärische Überlegenheit der Sowjetunion immer wieder bemüht, um die Rüstungsausgaben immer weiter in die Höhe zu treiben? Noch 1988 – ein Jahr vor dem Fall des Eisernen Vorhangs – gab das Pentagon eine Broschüre "Soviet Military Power" heraus, die in beängstigender Weise die Bedrohung aus dem Osten beschrieb. Bekanntlich war ein Jahr später Schluss damit.

Und nicht weniger absurd sind die Bedrohungsanalysen, die uns vorgelegt werden von Frau von der Leyen, Frau Kallas, Frau Baerbock, Frau Strack-Zimmermann - aber zur Ehrenrettung der Frauen sei gesagt, die Männer sind auch nicht besser, wenn ich an Herrn Kubilius, Herrn Tusk und natürlich auch Herrn Merz denke.

Immerhin, wenn man etwas sorgfältiger liest, merkt man schnell, wie völlig überzogen diese Bedrohungsäste sind. Ganz versteckt im Verteidigungsweißbuch der europäischen Kommission findet sich sogar ein Hinweis, dass Russland erstmals – nota bene Kaufkraft-bereinigt – im Jahr 2025 angeblich mehr Ressourcen in seine Verteidigung stecken wird als die Mitgliedsländer der Europäischen Union. Tatsächlich heißt das, dass Russland selbst in der Kriegswirtschaft bislang gerade mal ein Drittel des Geldes ausgibt, dass der EU-Teil der NATO in Rüstung steckt; mit anderen Worten: die immensen Rüstungsausgaben der Vereinigten Staaten, aber auch etwa der Türkei bleiben dabei unberücksichtigt und vor allem wird völlig ignoriert, dass die Mitglieder der europäischen Union gerade dabei sind, ihre Rüstungsausgaben ganz dramatisch in die Höhe zu schrauben.

Aber es geht auch längst nicht mehr darum, sich gegen einen ohnehin höchst unwahrscheinlichen Angriff verteidigen zu wollen. In einem Papier mit dem bezeichnenden Namen "Sparta", das immerhin der Direktor des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und der Aufsichtsratsvorsitzende von Airbus herausgegeben haben, heißt es ganz unverblümt, dass die Rüstungsanstrengungen dem Ziel dienen müssten, eine – Zitat – "asymmetrische Überlegenheit" zu schaffen. Asymmetrische Überlegenheit hört sich so ähnlich an wie das, was man früher als Erstschlagsfähigkeit bezeichnet hat. Mit einem Gleichgewicht der Kräfte hat

dies nichts mehr zu tun, mit Landesverteidigung noch viel weniger und gar nichts mehr mit der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit, die früher die deutsche Verteidigungspolitik bestimmte. Hier wird ein Kontinent auf einen Krieg vorbereitet, hier wird die Illusion geschaffen, ein Krieg ließe sich gewinnen. Das ist absurd und selbstmörderisch! Dies müssen wir verhindern, liebe Freundinnen und Freunde. Und deswegen sind wir hier.